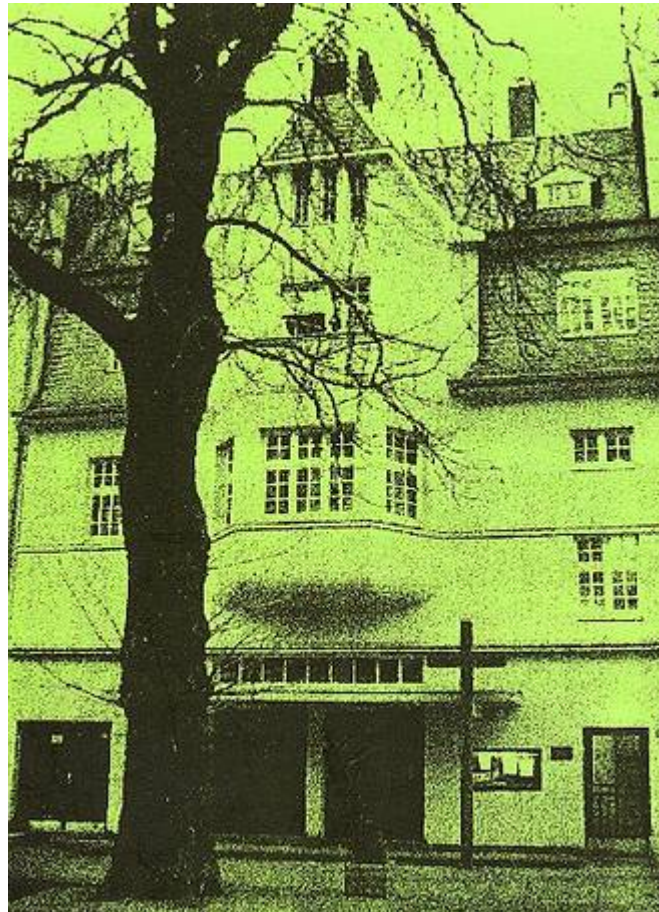


# DIE KREUZKAPELLE UND DER UMGANG DER EVANGELISCHEN KIRCHE MIT DEN CHRISTEN JÜDISCHER HERKUNFT 1937 BIS 1943

VORTRAG VON HANS PROLINGHEUER,

ZUR ERÖFFNUNG DER VERANSTALTUNGSREIHE VOM 18. FEBRUAR - 1. APRIL 1999  
IN DER KREUZKAPELLE DER EVANGELISCHEN KIRCHENGEMEINDE KÖLN-RIEHL.



Die Kreuzkapelle der Evangelischen Kirchengemeinde Köln-Riehl.

Weitere Termine: 25. Februar: Erinnerungen eines Zeitzeugen, Prof. Dr. Hans Günter Goslar, Meerbusch; 25. März: Die *eine* Gemeinde der Getauften, Prof. Dr. Johann Michael Schmidt, Meerbusch; 1. April 1999: Abendmahlgottesdienst, Predigt Pfarrer Martin Hüneke, Bad Iburg, ehemaliger Superintendent des Kirchenkreises Köln-Mitte.

Zu den Anmerkungen: Da das vom Veranstalter erbetene Manuskript nicht veröffentlicht wurde, hat der Verfasser im Februar 2008 Literaturangaben, Erläuterungen bzw. Kommentierungen aktualisiert und, wie den Schlußteil des Manuskripts, weiter konkretisiert. Vortragsstil wurde beibehalten.

Zu den Abbildungen: Titelbild aus dem Veranstaltungsplakat; Seite 12 und 17 unten sind der von E. Hamer, Schulreferent des Evangelischen Stadtkirchenverbandes Köln, und dem Verfasser 1987 gestalteten 16-seitigen Wandzeitung (Format DIN C 3-2) für Religionsunterricht, Ausstellungen oder Kirchenhistorische Kölner Stadtrundfahrten entnommen: „Leidensgeschichten unter Kreuz und Hakenkreuz - Stationen eines evangelischen Kreuzweges in Köln“, Seite 17 oben aus: Sammlung Prolingheuer M/2 - Julio Goslar

Im Kasten: Das *unverkürzte* Schulbekenntnis der Rheinischen Landessynode von 1992 (vgl. Anm. 15).

Dieser Vortrag ist dem unvergessenen Kölner Stadtsuperintendenten Ernst Heinz Bachmann (1915-2001) gewidmet, der in den 1970er und 1980er Jahren die kirchenhistorisch-kritische Quellenforschung des Referenten in Köln - allen offenen und versteckten Widerständen zum Trotz - tatkräftig förderte und verteidigte.

**W**enn wir uns heute und in den nächsten Wochen hier in der Kreuzkapelle versammeln, um historische und theologische Antworten zu suchen auf die Sündenfälle unserer Kirche in der sogenannten „Judenfrage“, so hat den Vorbereitungskreis - von außen her - nichts und niemand dazu antreiben müssen. Weder die aktuelle Debatte über das Berliner Holocaust-Denkmal noch die von Ignaz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, entfachte Aufregung um jene freimütige Rede des Schriftstellers Martin Walser.

„Die Kreuzkapelle und der Umgang der evangelischen Kirche mit den Christen jüdischer Herkunft“ – da treffen sich nur, wie in einem Brennpunkt, all jene Sündenfälle, die ich bereits seit Jahrzehnten in Büchern, Zeitschriften, Rundfunk-Hörbildern und in einem Fernsehfilm dokumentiert habe.

Ich persönlich wünschte mir die leidenschaftliche öffentliche und internationale Kontroverse dieser Tage über den Umgang der Deutschen und der deutschen Kirchen mit ihrer rassistischen Vergangenheit schon Jahrzehnte früher. Zum ersten Mal 1958. Als ich 20 Jahre nach den Judenpogromen meine Schülerinnen und Schüler im Religionsunterricht einer Dortmunder Berufsfachschule an die Verfolgung und Vernichtung der Juden erinnerte. Im November 1958, als mir mein Lehrerkollegium den Einsatz des Alain-Renais-Films „Nacht und Nebel“ untersagen wollte - den Einsatz des ersten Dokumentarfilms über die deutschen Vernichtungslager. Der scheinheilige Grund eines Kollegen hieß „Jugendschutz“; denn die Leichen im befreiten Bergen-Belsen sind ja schließlich alle nackt.- Nein, vor 40 Jahren dachte noch niemand daran, die deutschen Verbrechen an den europäischen Juden durch ein wie auch immer gestaltetes Holocaust-Denkmal darzustellen. Auch Ignaz Bubis, einst selber Opfer rassistischer Verfolgung, hat nach eigenem Bekunden seine Vergangenheit damals noch verdrängt, ging unbeirrt seinen Frankfurter Geschäften nach.

Und wie nicht nur Täter, sondern eben auch Opfer systematischer Verfolgung verdrängen können, das zeigt ja schon die Architektur dieser Kreuzkapelle. Geradezu ein Symbol des fortwährenden Verheimlichens der von Mord und Folter bedrohten Existenz rheinischer Protestanten. Einer Verfolgung, die mit der öffentlichen Verbrennung des lutherischen Predigers Adolph Clarenbach und seines Schülers Peter von Fliesteden 1529 in Köln-Melaten begann<sup>1</sup> und erst nach beinahe drei Jahrhunderten ihr Ende fand. Zuerst durch

---

<sup>1</sup> Es war wohl der Tatsache zuzuschreiben, daß jener reformierte Pfarrer Johann Friedlieb Wilsing, der 1802 die verfolgte Kölner evangelische Gemeinde in die Freiheit der Religionsausübung führte, ein Vorfahr des Kölner Oberbürgermeisters John van Nes Ziegler (1921-2006) war, wenn der SPD-Politiker und spätere Ehrenbürger der Stadt Köln 1978 ohne Zögern die Initiative des Verf. als Ratsmitglied aufgriff und zu einer fraktionsübergreifenden Ratsmehrheit führte, „um am 28. September 1979 an die 450. Wiederkehr des Kölner Feuertodes der Protestanten Clarenbach und Fliesteden zu erinnern und endlich auch diesem Datum durch ein bleibendes Zeichen des Gedenkens einen sichtbaren Platz in der Kölner Stadtgeschichte einzuräumen“; vgl. dazu Harald Biskup im Kölner Stadt-Anzeiger am 31.10.1978 (Reformationstag): „Eine Erinnerung an Adolf Clarenbach und Peter Fliesteden – Als Ketzer hingerichtet – Gedenktafel auf Melaten angeregt“, und H. Prolingheuer, Oberbürgermeister John van Nes Ziegler ehrt Märtyrer, in: ‚Wir – Botschaft der Evangelischen Kirchengemeinde Köln-Niehl‘, Juni 1979, Titelseite, sowie die Kölner und überregionale Presse zu den Veranstaltungen vor und nach dem 28. September 1979 (von der Gedächtnisfeier im Kölner Gürzenich über die Enthüllung des Gedenksteines am Hauptweg des Melatenfriedhofs nahe der Trauerhalle, bis hin zur Reformationsfeier am 31. Oktober 1979; alles in: Sammlung Prolingheuer A/C-5 Rat.

französisches Besatzungsrecht. Seit 1814 dann durch Einverleibung der katholischen Rheinprovinz ins evangelische Preußen, in die preußisch-protestantische Staatskirche.<sup>2</sup>

Noch im Jahre 1911, als es die Evangelischen auch in Riehl - einem Bezirk der Evangelischen Kirchengemeinde Köln-Nippes - längst zu Reichtum und Ansehen gebracht hatten, trauten sich die Nachfahren der „heimlichen Gemeinden unter dem Kreuz“ nicht, eine jedermann erkennbare evangelische Kirche zu bauen. Kirche ja, aber auf keinen Fall so protzig provozierend wie die neue Lutherkirche in Nippes. Bloß kein Aufsehen im feinen Riehl! Nur ja kein Kirchturm! Nein, auch kein erkennbares Kirchenportal!

Statt dessen Zugang durch einen umzäunten Vorgarten und zwei schlichte seitliche Haustüren. Evangelischer Gottesdienst im Hinterhaus. Gemeindeamt, Sitzungs- und Gruppenräume im ersten Stock, zur Straßenseite abgeschirmt durch schmucke Gardinen. Darüber Wohnungen. Kirche, Gemeinde- und Verwaltungszentrum hinter einer Fassade, die sich durch nichts von den Bürgerhäusern ringsum unterscheidet. Bis 1934 hieß das Haus in der Stammheimer Straße 22 „Betsaal“.<sup>3</sup>

Spätestens dann aber ist es aus und vorbei mit der evangelischen Bescheidenheit. Nach dem Sieg der Nationalsozialisten, dem Sturz des Kölner Oberbürgermeisters und Katholiken Konrad Adenauer sowie dem „Ableben“ seiner katholischen Zentrumspartei<sup>4</sup>, haben auch die Evangelischen in Köln-Riehl nichts mehr zu verheimlichen und zu verdrängen. Endlich gehören auch sie zur mächtigen Mehrheit. Dem Umbau der deutschen evangelischen Landeskirchen zu einer vom nationalsozialistischen „Führerprinzip“ bestimmten Deutschen Evangelischen „Reichskirche“ folgt 1934 auch der Umbau des Riehler „Betsaales“ zur „Rieh-

---

<sup>2</sup> Vgl. E. Mühlhaupt, Rheinische Kirchengeschichte, von den Anfängen bis 1945. Zweiter Hauptteil: Von der Reformation bis zur Französischen Revolution, Düsseldorf 1970. Unter den von Napoleons Truppen Befreiten auch Kölner Juden, von denen nicht wenige nach 1814 zum altpreußischen Protestantismus konvertierten. Wie die geadelten Nachkommen des Dagobert Oppenheim, deren Kölner Bankhaus bald allen deutschen Regierungen zu Diensten stand - gemäß der Göring-Devise: „Wer Jude ist, bestimme ich“, auch dem NS-Regime, 1938-1945 unter dem Decknamen „Bankhaus Pferdenges & Co“; Adenauerfreund Pferdenges war Kirchmeister der Ev. Kirchengemeinde Köln-Bayenthal, vgl. E.Hamer/H.Prolingheuer, Leidensgeschichten, a.a.O., S.8f., und H. Prolingheuer, Ausgetan aus dem Land der Lebendigen - Leidensgeschichten unter Kreuz und Hakenkreuz, Neukirchen 1983, S.147-217. Das bis heute weltweit im Stillen wirkende Kölner Bankhaus Sal. Oppenheim geriet 2005 dann doch in die Öffentlichkeit, als das Erzbistum Köln zur Trauerfeier für den Bankier Alfred von Oppenheim (lt. Erzbistum und Presseberichten:) zum ersten Mal einem Protestanten den Kölner Dom zur Verfügung stellte. Freizügigkeit auch evangelischerseits: Der Kölner Stadtsuperintendent Ernst Fey hielt dort für den Verstorbenen die Trauerpredigt, obwohl „der reichste Bürger der Stadt“ (W.Rügemer) 1983, während der Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss, aus der evangelischen Kirche ausgetreten war. Ja, auch die im NS privilegierten Christen jüdischer Herkunft wie die der Familie von Oppenheim (Melaten-Grabstätte Hauptweg 138-140) gehören zum Thema ebenso wie der Hinweis auf den 2007 kursierenden Bestseller in der „3. Nochmals geschwärzten Ausgabe der bereits geschwärzten Auflage 2006“ des Kölner Publizisten W. Rügemer: „Der Bankier - Ungebetener Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim“, Nomen Verlag Frankfurt/Main.

<sup>3</sup> Der Kölner Superintendent Hans Encke hatte 1965 dem Verf. (der nach dem Dortmunder Evangelischen Kirchentag 1963 auch beim Kölner Kirchentag 1965 Leiter des Organisationsamtes war) gegenüber der Kreuzkapelle ein Zimmer bereitgestellt, um ihm nach langen Abendsitzungen die Heimfahrt nach Dortmund zu ersparen. Nahm auch Encke an diesen Sitzungen teil, dann schlossen ich in Riehl meistens bis nach Mitternacht dauernde Gespräche an. Gleich im ersten zeigte Encke dem Verfasser seine Kreuzkapelle und erklärte ihm die Hintergründe für die auffällige Unauffälligkeit des Gebäudes. Daß im Jahr 2007 ausgerechnet ein Ralph Giordano die Kölner Bevölkerung aufwiegelt gegen den Bau der zentralen Moschee in Köln-Ehrenfeld, kann an dieser Stelle nicht unbeklagt bleiben.

<sup>4</sup> Dabei hatte Adenauer schon am 1.8.1932 im Hause des Kölner Bankiers Kurt von Schröder auf Kopfbogen des Barons für die deutsche Zentrumspartei erklärt: „Das Zentrum wird bereit sein, das Zustandekommen einer Regierung aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen unter Hitler als Reichskanzler zu tolerieren und ganz unvoreingenommen nur nach seinen Taten zu beurteilen.“, Faksimile in: E. Hamer/H. Prolingheuer, Leidensgeschichten..., a.a.O., S.4. Um an dieses denkwürdige Treffen und an jenes des 4. Januar 1933 am selben Ort zu erinnern, bei dem Hitler und von Papen nach Geheimverhandlungen die Kabinettsliste des NS-Regimes entwarfen, die Hindenburg dann ohne Zögern akzeptierte, hatten 50 Jahre später Kölner ESG und der Verf. Vertreter aus Politik, Kirche, Universität und die Kölner Presse in das Arbeitszimmer der erhaltenen Villa Schröder zu einem Gespräch eingeladen. Siehe dazu: Kölner Stadt-Anzeiger und Kölnische Rundschau vom 4. und 5. Januar 1983, und: H. Prolingheuer, Der „Rote Pfarrer“- Leben und Kampf des Georg Fritze (1874-1939), Kap.17 - Das Dritte Reich beginnt in einer Kölner Villa, Köln 1981, 2. erweiterte Auflage 1989, S.83ff.

ler Kreuzkapelle“. Der idyllische Vorgarten muß einem Mittelportal weichen. Zur Rechten ein steinernes Christuskreuz. Linker Hand der neue Name in Granit: „Kreuzkapelle“. Der Saal erhält eine Orgel.

Hinter dem vier Meter hohen Kreuz und den gardinenverhangenen Fenstern werden von Stund an die Nachfahren der verfolgten Kölner Urgemeinden der Reformation selber zu Verfolgern. Ihre Opfer sind aber nun nicht die Drangsalierer von einst, sondern die christlichen Schwestern und Brüder jüdischer Herkunft. Und nach der Hitlerei beginnt in der Gemeinde Köln-Nippes - auch hier in Köln-Riehl - abermals das Verheimlichen und Verdrängen. Diesmal das Verdrängen eigener Schandtaten.- Gewiß, es gibt auch Erinnerungen.<sup>5</sup> Und richtig an diesen Darstellungen ist sogar, daß die Kirchengemeinde Nippes samt Bezirk Riehl zur „Bekennenden Kirche“ gehörte, die Riehler „Kreuzkapelle“ ihr Zentrum, und Pfarrer Hans Encke ihr Führer war. Doch was war die „Bekennende Kirche“?<sup>6</sup>

Den offiziellen Beitritt zur „Bekennenden Kirche“ verdankt die Evangelische Kirchengemeinde Köln-Nippes ausgerechnet einem jener Sündenfälle, dessen Einzelheiten die Mitverantwortlichen am liebsten mit ins Grab genommen hätten<sup>7</sup> - nämlich der Entlassung eines Mitarbeiters der Kirchengemeinde, weil er jüdischer Herkunft ist - *als wäre Jesus kein Jude gewesen*.

Dabei ist diese Kölner Gemeinde der deutschen „Bekennenden Kirche“ theologisch keineswegs so blind und ahnungslos, wie es ihr Reden und Handeln vermuten lassen. Als erster hat bereits der Bonner Theologieprofessor Karl Barth die seit der Wende 1933 in Theologie und Kirche sich abzeichnende Gefahr für Christen jüdischer Herkunft erkannt. In der ersten seiner hochpolitischen theologischen Kampfschriften - Auflage 40.000 Exemplare! - stellt der Systematiker und Sozialdemokrat schon im Juni 1933 unmißverständlich klar:

*„Die Gemeinschaft der zur Kirche Gehörigen wird nicht durch das Blut und also auch nicht durch die Rasse, sondern durch den heiligen Geist und durch die Taufe bestimmt. Wenn die Deutsche Evangelische Kirche die Juden ausschließen oder als Christen zweiter Klasse behandeln würde, würde sie aufgehört haben, christliche Kirche zu sein.“<sup>8</sup>*

Aber seit der politischen Wende 1933 taumeln Theologie und Kirche in einen politischen Tiefrausch.<sup>9</sup> Als Barths Schrift die theologischen Fakultäten, die deutschen Pfarrhäuser und Kirchenbehörden erreicht, hat der Kölner Krankenhauseelsorger Ernst Flatow nicht nur seine Stelle in der Kölner Lindenburg-Klinik verloren. Ihm wird als erstem evangelischen Geistlichen Nazi-Deutschlands aus rassischen Gründen die kirchliche Anstellungsfähigkeit aberkannt. Denn, so die Begründung des Düsseldorfer Oberkonsistorialrates Euler: „Flatow hat in seinem Äußeren und in seinem Wesen so in die Augen springend diejenigen Merkma-

---

<sup>5</sup> Krüger/Martin/Appel (Hg.), 25 Jahre Evangelische Kirchengemeinde Köln-Riehl, Köln 1982.

<sup>6</sup> Vgl. dazu: H. Prolingheuer, Wir sind in die Irre gegangen. Die Schuld der Kirche unterm Hakenkreuz, Köln 1987; ders., Wider die „Träume von einer besseren Vergangenheit“, Eine Antwort an Wolfgang Schweitzer, in: ‚Junge Kirche‘ 10/1988; ders., „...nein, die eigentliche Schuld liegt auf der Kirche“, in: ‚Börsenblatt des Deutschen Buchhandels – Schwerpunkt Theologie‘, Frankfurt, 7.3.1989, S.706-714.

<sup>7</sup> Weder Pfarrer U. Röhrig (siehe S.10), jener armamputierte Kriegsheimkehrer, der dem Verf. 1954 auf Amrum den wegen „nur“ dreier zerschnittener Handsehnen erzwungenen Abschied von der Kirchenmusik klein zu reden suchte, noch Pfarrer F. Schellenburg (siehe S.10) haben zur Aufklärung der Nippeser bzw. Riehler Vorgänge beigetragen. Daß Schellenburg Details noch im hohen Alter präsent waren, zeigt 1989 sein Leserbrief zu den Presseberichten über die Umwidmung des Nippeser evangelischen Gemeindehauses in Julio-Goslar-Haus. Da erinnert er sich inmitten längst widerlegter Legenden plötzlich sehr präzise, daß nicht die Militärregierung der Alliierten Goslars Wiedereinstellung erzwang, denn die bewirkte tatsächlich schon Goslars Drohung mit der Militärregierung; vgl. „Kein Einschreiten der Militärregierung“ und die Replik des Verf. „Bekennnispresbyterium trägt Verantwortung“, in: ‚Der Weg‘ (Ausgabe Köln) 37/1989, S.12, und 41/1989, S.13.

<sup>8</sup> K. Barth, Theologische Existenz heute!, „Abgeschlossen am 25. Juni 1933“, S.24f., siehe dazu „Göttinger Gastvorlesung“.

<sup>9</sup> Vgl. dazu: H. Prolingheuer, Der Fall Karl Barth – Chronographie einer Vertreibung, Neukirchen 1977, 2. Aufl. 1984, und ders., Kleine politische Kirchengeschichte. Fünfzig Jahre Evangelischer Kirchenkampf 1919 bis 1969, Köln 1984, 3. Aufl. 1987, S.41-82.

le an sich, die von dem Volke als der jüdischen Rasse eigen angesehen werden, daß eine Beschäftigung in einer Gemeinde unmöglich ist...“<sup>10</sup> - *als wäre Jesus kein Jude gewesen.*

### Die doppelte Not.

**B**is heute suche ich in kirchlichen Archiven oder privaten Nachlässen nach irgendeinem Protest aus den Reihen derer, die - wie auch Hans Encke und Gleichgesinnte in Köln - um diese Zeit Flugblätter zu den bevorstehenden Kirchenwahlen verteilen, in welchen sie kundtun, „mit Hitler und Hindenburg gegen die ‚Deutschen Christen‘“ und „für eine bekennende Kirche zu streiten.“<sup>11</sup> Vergebens!- Sie nennen sich zwar nahezu gleichzeitig „Pfarrernotbund“. Die Not des verstoßenen Amtsbruders Ernst Flatow und den damit verbundenen kirchlichen Verrat am Evangelium sehen sie nicht.

Statt dessen bringt Karl Barths Hinweis auf das unantastbare Sakrament der Taufe den Theologen Walter Künneth - neben Martin Niemöller einer der Mitbegründer des Pfarrernotbundes - auf die wahnwitzige Idee, die Taufe zu einem staatstragenden Element umzufunktionieren: *Judenmission und Judentaufe als Beitrag der Kirche zur „Entjudung“ des deutschen Volkes!*- Wie sonst ist zu verstehen, was der „Bekennnistheologe“ in seinem bekennnistheologischen Bestseller des Jahres 1933f. schreibt:

„...daß das, was den Juden zu dem das Volkstum zersetzenden Element macht, letztlich seinen Grund hat in dem Fluch, der seit der Kreuzigung Jesu über der jüdischen Rasse lastet. Den messianischen Anspruch auf Weltherrschaft können die Juden nur solange erheben, als sie die Messianität Jesu von Nazareth leugnen. Bekennt sich ein Jude wirklich zu Christus, dann wird er von diesem Fluch befreit, dann gibt er seinen Weltbeherrschungsanspruch auf, dann erkennt er die volkhafte Bindungen Gottes und wird befähigt, in neuer Weise Glied auch eines rassistisch fremden Volkes zu werden. So hängen Not und Fluch des Judentums und ihr zersetzender Einfluß aufs engste mit der Stellung zum christlichen Glauben zusammen...“<sup>12</sup>

Was für ein volkshirngespinnst! Was für eine Irrwegweisung für das Zentrum der rheinisch-westfälischen „Judenmission“ in der Kölner Moltkestraße!- Dem dort seit Jahrzehnten als „Judenmissionar“ wirkenden evangelischen Diakon jüdischer Herkunft, Ernst Moritz Weißenstein, werden zusätzliche Gehilfinnen und Gehilfen aus den Hitler hörigen evangelischen Kirchengemeinden Großkölns zugewiesen.<sup>13</sup>

Aber der Erfolg hält sich in Grenzen. Und als Anfang September 1935 auf dem „Reichsparteitag der Freiheit“ die von den NS-Ministerialen Hans Globke und Wilhelm Stuckart kommentierten Rassegesetze verkündet werden, zerplatzt Walter Künneths theologisches Hirngespinnst wie eine Seifenblase. Da höhnt die religiöse Sekte der kirchenfeindlichen „Gottgläubigen“: „Blut ist dicker als Wasser!“<sup>14</sup>

---

<sup>10</sup> vgl., H. Prolingheuer, *Ausgetan aus dem Land...*, a.a.O., Zitat S.182.

<sup>11</sup> Wahlaufufe: „Evangelium und Kirche“ in: ‚Junge Kirche‘ vom 20.7.1933, S.60, und ‚Kirche muß Kirche bleiben!‘, ebd., Titelseite. Im Unterschied zum „liberalen“ Karl-Jatho-Verehrer Encke lehnte der Kölner Pfarrer und linke Sozialdemokrat diese sich auf Hitler berufenden Wahlaufufe ab. Fritze hielt es statt dessen auch in dieser Frage lieber mit dem Bonner Kampfgefährten Karl Barth (vgl. H. Prolingheuer, *Wirkungen*; Kölner Vortrag zum 50. Todestag Georg Fritzes am 3. Januar 1939, in: ‚Neue Stimme‘ 5-6/1989, S.62-66.

<sup>12</sup> Aus: W. Künneth/H. Schreiner, *Die Nation vor Gott. Zur Botschaft der Kirche in Dritten Reich*, Berlin 1933, Zitat S.100; vgl. dazu auch den Kommentar des Verf. vom 3.6.1984 in HR 2 zum Ende der Wuppertaler Feiertage 1984 aus Anlaß der Verkündung der Barmer Theologischen Erklärung vor 50 Jahren: „...und nun eine Gedächtniskirche?“, in: ‚Erziehen heute‘ 2/1984, und die Kontroverse zwischen W. Künneth (seit 1966 *der* Bekennnistheologe der dt. Evangelikalen) und dem Verf. in der ‚Siegener Zeitung‘ am 11.12. und 17.12.1984, Nachdruck in: ‚Junge Kirche‘ 10/1985.

<sup>13</sup> So die Vikarin Ina Gschlößel, Pfarrer Wilhelm Heynen, Gemeindegewester Martha Ischebeck sowie die Mediziner Prof. Dr. Fritz Kroh und Prof. Dr. Otto Veit.

<sup>14</sup> Dazu: H. Prolingheuer, *Der Verrat der evangelischen Kirche an den Juden – Das Beispiel Köln*, in: *Rhein-Reden, Texte aus der Melanchthon-Akademie Köln* 1/1994.

Die Judentaufe hat die „Judenchristen“ in doppelte Not gestoßen: Von den Juden als Abtrünnige gehaßt, von den Christen nunmehr als „Nichtarier“ verachtet!- Wenige Tage nach dem Reichsparteitag 1935 wird das Kölner „Judenmissionshaus“ geschlossen. *Da beginnt - nach dem frühen Leidensweg der Sozialdemokraten und Kommunisten, der namhaften und verbeamteten Juden - mit der systematischen Judenverfolgung auch der Kreuzweg der getauften Juden. Allein in Stadt und Landkreis Köln sind weit über 3.000 Christenmenschen und durch sie auch noch deren Familien von den Rassegesetzen betroffen. Mindestens ein Drittel von allen evangelischer Konfession.*<sup>15</sup>

---

<sup>15</sup> Während seiner Vortragsreise 1988 „aus Anlaß des Gedenkens an die Novemberpogrome 1938“ forderte der Verf. unter dem Thema „Judennot und Christenschuld“ <in: H. Frankenmölle (Hg.), Opfer und Täter, Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 1990, S.127-146> die Kirchen in beiden deutschen Staaten auf, in ihr Gedenken „auch endlich die getauften Juden einzubeziehen“ (ebd. 143). Daraufhin beschloß die Kreissynode Essen-Nord: „Betroffen durch einen Vortrag von Hans Prolingheuer bittet die Kreissynode Essen-Nord die Landessynode, das Verhalten der evangelischen Kirche gegenüber ihren Mitgliedern jüdischer Herkunft, insbesondere in der Zeit des Nationalsozialismus, aufzuarbeiten und das Schuldbekenntnis gegenüber den Juden durch diesen die besondere kirchliche Verantwortung betreffenden Teilaspekt zu ergänzen (einstimmig).“

Nachdem Präses Beier dem Verf., der Mitglied der Landessynode (Ls) war, wegen seines historisch-kritischen Vortrags am Rande der Ls 1989 eine nicht zitierbare persönliche Standpauke gehalten hatte (Sammlung Prolingheuer A/A Ls, Handakte UA), gelangten die Essener Beschlüsse erst auf die Ls 1990, die dann zur Erarbeitung eines wissenschaftlich fundierten Beschlußentwurfes die Einsetzung des Unterausschusses (UA) „Judenchristen im Dritten Reich“ beschloß. Dank einjähriger Vorarbeit der vom Ausschuß „Zeitgeschichte“ schon Anfang 1989 nominierten Mitglieder Dr. Boberach, Prolingheuer und Prof. Dr. Wittmütz <Archivarbeit, Analysen, Berechnungen der 1939er Volkszählungsergebnisse, Erstellung eines Fragebogens an Presbyterien, Kreissynodal-, ev. Anstalts- und Vereinsvorstände, Darstellungen exemplarischer Lebensbilder und Fallbeispiele> war bis zur Konstituierung des UA, dem nun auch Sup. Bendokat und die Pfr. Dr. Gerlach und Barkenings (Vorsitz) für die Ausschüsse „Christen und Juden“ und „Öffentlichkeit“ (Federführung/Vorsitz) angehörten, der historisch-wissenschaftliche Grund bereits gelegt. Verliehen die historischen Forschungen reibungslos, bereitete dem UA die Formulierung des Beschlußentwurfs schier unüberwindliche Schwierigkeiten.

Es war 1980 wohl „leichter“, die Schuld gegenüber den Juden zu bekennen als jetzt gegenüber den Christenmenschen jüdischer Herkunft. Schwingt doch im Bekenntnis zur Schuld an Israel stets die Ent-schuldigung mit, daß man es angesichts des Antijudaismus in Kirche und Theologie leider nicht besser gewußt und gelernt hat: Die altkirchliche Lehre von den „Christusmördern“ hat Luther ja 1543 durch seine gottvergessenen Brandschriften „wider die Juden“ (Neuaufgabe 1936, bei Christian Kaiser, einem Verlag der „Bekennenden Kirche“!) sogar noch verschärft, so daß Landesbischof Wurm, der Repräsentant der „Bekennenden Kirche“, einen Monat nach den Novemberpogromen 1938, ohne Not dem Reichsjustizminister zubilligte: „Ich bestreite mit keinem Wort dem Staat das Recht, das Judentum als ein gefährliches Element zu bekämpfen“ (Zitat und Quelle in: „Judennot und Christenschuld“ a.a.O., S.133). Daß Christenmenschen, gleich welcher Herkunft, durch die Taufe zu Schwestern und Brüdern geworden sind, das gehörte jedenfalls damals noch zum Grundwissen der Konfirmandinnen und Konfirmanden!- Kirche und Theologie handelten 1933ff. also wider besseres Wissen, als sie die Geschwister im Glauben ihren Verfolgern und Mördern überließen. Daß diese Schuld wesentlich schwerer zu bekennen ist, war während der Auseinandersetzung um den Beschlußentwurf zu beobachten: zuletzt galten wieder die ohnehin indiskutablen ‚Deutschen Christen‘ als die eigentlich Schuldigen (Kasten, Zeile 10f. von unten), während als einzig nennenswerter Wohltäter ausgerechnet Landesbischof Theophil Wurm Aufnahme ins Schuldbekenntnis finden sollte.- An dieser einseitigen Schuldverschiebung mochte der Verf. nicht länger mittun. Aber auch die Hoffnung, mit Freunden im Plenum der Landessynode wesentliche Änderungen des Textes erreichen zu können, trog. Es blieben immer nur Marginalien. Allein der Essener Stadtsuperintendent Heinrich Gehring, dem schon die Essener Synodalbeschlüsse zu danken sind, konnte noch kurz vor der Schlußabstimmung eine große Mehrheit der Landessynodalen dafür gewinnen, wenigstens die wurmstichigste Stelle der ansonsten eher verschlimmbesserten Tisch-„Beschlußvorlage des Öffentlichkeitsausschusses III“(!) - „...Die Protestschritte des württembergischen Landesbischofs D. Wurm, späte Synodalerklärungen der Bekennenden Kirche und letzte Versuche...“ - durch unsere Formulierung „Die wenigen zaghaften und späten Proteste und Versuche“ zu ersetzen. Am Ende beschloß die Landessynode das „Wort“ – auch mit dieser Änderung - „einstimmig“.

Die unmittelbar nach diesem Synodalbeschluß von der Kirchenleitung in Auftrag gegebene, von Prof. G. van Norden betreute und mit einem Vorwort des Präses versehene „Dokumentation“ (S. Lekebusch, Not und Verfolgung der Christen jüdischer Herkunft im Rheinland, Köln 1995) präsentiert jedoch von dem „Wort“ auf Seite 1 nur einen Zehn-Zeilen-Verschnitt in Kleindruck mit dem Verweis auf ein dreiseitiges „Dokument 1“, das die Landessynode weder beraten noch beschlossen hat!- Da der 1992er Beschluß der Landessynode nicht die Verbreitung findet wie jener von 1980, soll der wenigstens hier - unverkürzt - vorgestellt sein (siehe Kasten S. 7).

## **Wort der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland zur Not und Verfolgung evangelischer Christen jüdischer Herkunft in den Jahren 1933-1945** beschlossen im Januar 1992

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland faßte am 11. Januar 1980 den Beschluß „zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“. Not und Verfolgung evangelischer Christen jüdischer Herkunft in den Jahren 1933 bis 1945 weisen aus, daß die evangelische Kirche auch gegenüber ihren eigenen Gemeindegliedern jüdischer Herkunft und deren Familien schuldhaft versagt hat:

- Als durch einen ‚Arierparagrafen‘ nach staatlichem Vorbild Glaubensbrüder und -schwestern jüdischer Herkunft aus dem Dienst der christlichen Gemeinde entfernt werden sollten, gab es dagegen zwar Widerspruch in der Kirche. So lehnte zum Beispiel die Erste Freie Reformierte Synode zu Barmen Gemarke am 3. und 4. Januar 1934 in einer Erklärung über das rechte Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse die Irrlehre ab, „als sei es mit der Einheit der Botschaft und Gestalt der Kirche vereinbar, die Gliedschaft und die Befähigung zum Dienst in ihr auf die Angehörigen einer bestimmten Rasse zu beschränken“.<sup>16</sup>
- Als aber die Taufe von Juden als Verrat an Jesus Christus hingestellt wurde und Theologen und ‚Kirchenführer‘ die Absonderung der Judenchristen in eine separate Kirche forderten, machten sich auch Christen zu Vordenkern einer ideologisch bestimmten Rassepolitik, statt sich konsequent an die Seite der verfolgten Juden und der von der Judenverfolgung betroffenen christlichen Gemeindeglieder zu stellen.
- Als die politisch-rassistische Forderung einer „Entjudung von Kirche und Christentum“ „zur unausweichlichen und entscheidenden Pflicht in der Gegenwart des kirchlichen Lebens“ erklärt wurde, war ein Höhepunkt solcher Bestrebungen erreicht.
- Als im September 1935 die Nürnberger Gesetze die Juden politisch, rechtlich und sozial in eine ächtende Isolation drängten, scheute sich auch die Bekennende Kirche, ein Wort dazu zu sagen und nahm durch ihr Stillschweigen den Eindruck einer Zustimmung in Kauf,
  - obwohl doch Elisabeth Schmitz<sup>17</sup> in einer Denkschrift „Zur Lage der deutschen Nichtarier“ beschwörend die Frage gestellt hatte: Wie will die Kirche „auf Vergebung hoffen, wenn sie Tag für Tag ihre Glieder in dieser verzweifelten Not im Stich läßt, der Verhöhnung aller Gebote Gottes zusieht, ja, öffentliche Sünde nicht einmal zu bekennen wagt, sondern – schweigt?“ und
  - obwohl doch „viele Tausende evangelischer Nichtarier schon lange auf ein solches Wort der Bekennenden Kirche, das ihnen beweist, daß sie ganz zu uns gehören als unsere Brüder und Schwestern“ warteten.
- Als der Novemberpogrom 1938 das Ausmaß der Judenverfolgung allen sichtbar machte, baute eine Bekennende Kirche unter zunehmend schwieriger werdenden Bedingungen durch das „Büro Grüber“ ein Netz von Hilfsstellen auf, die einem kleinen Teil der betroffenen Mitchristen das Leben retten konnten. Der zweite Leiter des Hilfsbüros, Pfarrer Werner Sylten, wurde 1942 ermordet. Private Aktivitäten von Christen im Untergrund erfolgten häufig unter Einsatz des eigenen Lebens. Auch der bemerkenswerten Eigeninitiative der ‚nichtarischen‘ Christen muß gedacht werden. Freilich auch der Tatsache, daß sich damals in der Kirche kaum jemand um die christlichen Ehepartner/innen von Angehörigen der jüdischen Gemeinden kümmerte, die aus ihren beruflichen Stellungen verdrängt wurden und ihre wirtschaftliche Existenz verloren. Ihr tragisches Dilemma zwischen dem Zwang zur Scheidung oder einer Emigration mit ungewissem Schicksal wollte man nicht sehen.
- Als ab Herbst 1941 die Christen jüdischer Herkunft auch im Gottesdienst den Gelben Stern tragen mußten;
- als „der Durchbruch des rassistischen Bewußtseins in unserem Volk, verstärkt durch die Erfahrungen des Krieges und entsprechende Maßnahmen der politischen Führung“ die Deutsche Evangelische Kirchenkanzlei zu der Feststellung gelangen ließ, dies habe „die Ausscheidung der Juden aus der Gemeinschaft mit uns Deutschen bewirkt“, um daraus die Forderung abzuleiten, die Kirchen müßten nunmehr „geeignete Vorkehrungen“ treffen, „daß die getauften Nichtarier dem kirchlichen Leben der deutschen Gemeinden fernbleiben“;
- als sieben Landeskirchen durch ihre „Kirchenführer“ proklamierten, durch die christliche Taufe werde „an der rassistischen Eigenart eines Juden, seiner Volkszugehörigkeit und seinem biologischen Sein nichts geändert“ und deshalb hätten „rassejüdische Christen“ in der Evangelischen Kirche „keinen Raum und kein Recht“; darum sei „jegliche Gemeinschaft mit den Judenchristen aufgehoben“;

da kam vollends zutage, daß deutsch-christliche Instanzen innerhalb der Kirche einem Geschehen Vorschub leisteten, das zum Holocaust führte.

Die wenigen zaghaften und späten Proteste und letzten Versuche von einzelnen Gemeinden und Personen vermochten die Deportationen von Christen jüdischer Herkunft in das Ghetto Theresienstadt und schließlich in die Vernichtungslager des Ostens nicht mehr aufzuhalten. Als diejenigen, die überlebten, aus Verstecken auftauchten, aus Lagern und Emigration zurückkehrten, nahm man sie in den Gemeinden zwar auf, ließ aber das, was ihnen an Leid und Not zugefügt worden war, weithin unbeachtet. Unsere Kirche ließ damals nicht nur Menschen in äußerster Not im Stich, sie verriet ihre Glaubensgrundlagen. Eines wenigstens können wir jetzt noch tun: Namen und Lebenswege der christlichen Opfer der Judenverfolgung erforschen, damit die Kirchengemeinden sich ihrer erinnern.“ (Nach der vom Verfasser vor Beschlußfassung handkorrigierten originalen Tischvorlage, in: Sammlung H.P.)

<sup>16</sup> Verfasser auch der ersten Barmer Theologischen Erklärung vom 4.1.1934 war Karl Barth, siehe dazu S.4 .

<sup>17</sup> Erst seit 1999 wissen wir, daß nicht Marga Meusel, sondern Elisabeth Schmitz die Autorin dieser Denkschrift ist. Vgl. A. Pangritz, Die späte Entdeckung einer Zeugin: Leben und Wirken von Elisabeth Schmitz, in: Hermann Düringer/Hartmut Schmidt (Hg.), Kirche und ihr Umgang mit Christen jüdischer Herkunft - dem Vergessen ein Ende machen, Frankfurt/M. 2004; Der Verf. hat den Namen der Autorin E. Schmitz eingesetzt.



Die sonst so penible Kirchenstatistik schweigt sich über die genaue Zahl der jetzt dringend hilfsbedürftigen „Judenchristen“ aus.<sup>18</sup>

Da beginnt gleich im September 1935 der erste Akt eines Dramas mit der schrift- und bekenntniswidrigen Entlassung des wegen seines musikalischen Könnens stadtbekanntem Musikdirektors Julio Goslar. Obwohl seit 1913 evangelisch getauft, wird der Organist und Chorleiter der evangelischen Gemeinde Nippes als Sohn jüdischer Eltern durch die Nürnberger Rassegesetze zum „Volljuden“ erklärt. Seine in der Kirchengemeinde ehrenamtlich tätige Ehefrau Christel gilt nach diesen Nazi-Gesetzen als „jüdisch versippt“, der gemeinsame Sohn Hans Günter als „jüdischer Mischling 1. Grades“.<sup>19</sup> Rassistische Stigmatisierungen, als sei die christliche Kirche deutschen Ursprungs - *als wäre Jesus kein Jude gewesen!*-

### Ins Gebet genommen.

Seit den Kirchenwahlen im Juli 1933 hat die vom Nippeser Gaugeschäftsführer Dr. Gustav Marx jun. angeführte Kirchenpartei ‚Deutsche Christen‘ die Mehrheit im Presbyterium. Die Pfarrer Hans Encke, Friedrich Geß und Friedrich Müller tun sich schwer mit den Verächtern der Bibel als „Judenbuch“, für die das Hakenkreuz über dem Christuskreuz steht.

Die Riehler Bezirkspresbyter und Parteigenossen Dr. Wilhelm Weimar und Friedrich Knepper bewachen die Arbeit Hans Enckes besonders scharf. Schließlich war Friedrich Encke, der Vater des wohlhabenden Bezirkspfarrers, der stadtbekanntem Kölner Gartenbaudirektor unter Konrad Adenauer. Doch Hans Encke entzieht sich als Leiter der Kölner „Bekennenden Kirche“ den Aufsehern dadurch, daß er alle die „Bekennende Kirche“ betreffenden Angelegenheiten wie Konferenzen, Herstellung von Informationsmaterial, Bruderratssitzungen und Gruppenabende in sein nahegelegenes geräumiges herrschaftliches Privathaus Am Botanischen Garten 72 verlegt. Hier stimmt die Minderheit des Presbyteriums auch ihr Verhalten im Fall Goslar ab. Die glückliche Fügung: im Jahr 1935 ist Goslars vertrauter Freund Friedrich Geß Vorsitzender des Nippeser Presbyteriums.

---

<sup>18</sup> Bis heute hat die evangelische Kirche noch nicht festgestellt, wie viele angestellte oder beamtete „nichtarische“ Mitarbeiter/innen in der Kirche, in ihren Anstalten, Werken, Vereinigungen und Verbänden insgesamt von den Rassegesetzen betroffen waren, geschweige denn dokumentiert, unter welchen damals üblichen, meist erfundenen widerlichen Gründen, sie ihres Amtes enthoben bzw. genötigt wurden, von sich aus fristlos zu kündigen. Die oder deren Familie deshalb einen Anspruch auf finanzielle, mindestens aber auf moralische „Wiedergutmachung“ haben, und sei es auch nur ein rehabilitierender kirchenamtlicher Schlußvermerk in der Personalakte! Wie hartnäckig sich die Kirche gegen die finanzielle „Wiedergutmachung“ wehren kann, das hat der Verf. 1986 am Beispiel des KMD Ernst Maschke dargestellt in: „Die „judenreine“ dt. ev. Kirchenmusik, a.a.O., Teil 4. Im Unterschied zu den bisher viel zu niedrig angesetzten Zahlen hat der Verf. z.B. mindestens 154 „nichtarische Geistliche“ namhaft gemacht statt der bisher 42 kirchenamtlich festgestellten (siehe Anm.19) und deren Daten der EKD-Kirchenkanzlei am 25.7.1988 mitgeteilt. Ob von dort die Landeskirchen veranlaßt wurden, anhand ihrer Personalakten eventuelle Ansprüche zu ermitteln, ist dem Verf. auch 2008 noch unbekannt.

<sup>19</sup> Christel Goslar (16.8.1886-8.7.1947), die es „als widdergöttlich“ nach Matth. 19.5 bis 11“ ablehnte, sich von ihrem zum Juden erklärten Mann scheiden zu lassen, 1936 in ihrem Schreiben an ihre Kirchenoberen in Düsseldorf und Berlin: „Unsere Ehe wurde 1916 kirchlich geschlossen, und nun rechnet man uns zu den Juden?? Verstehe das, wer kann! Ich nicht!... Mein 16-jähriger Sohn ist Halbarier..., 1933 wurde er konfirmiert... Mein Mann aber, der diesen... evangelischen Christen ernähren muß, wird brotlos gemacht. Verstehe das, wer kann, ich nicht!...“ Vgl. dazu auch die Niederschrift der 3. Sitzung des UA-„Judenchristen im Dritten Reich“, vom 26.9.1990, unter Top 3a, die vom Verf. gemäß Auftrag der 2. UA-Sitzung vom 2.5.1990 gefertigten drei Vorlagen: 1. Entwurf eines Rundbriefes mit zugehörigem Fragebogen (Rückgabe bis 9.11.1991) an die Kreissynodalvorstände und evangelischen Institutionen „zum Schicksal evangelischer Christen, die von den Rassegesetzen betroffen waren“ (vom UA beraten, beschlossen und vom Vorsitzenden „im März1991“ verschickt): 4 Seiten, 2. Liste der „nichtarischen Geistlichen“ in der DEK nebst Anlagen und Fallbeispiel Ernst Flatow: 39 Seiten, 3. Lebensbild der von den Rassegesetzen betroffenen Familie Goslar nebst Anlage als Fallbeispiel: 18 Seiten. An der 4. und letzten Sitzung des UA am 28.11. hat der Verf. nur bis zur Vorlage des vor der Las nicht mehr zu verändernden Textentwurfs des Öffentlichkeitsausschusses teilgenommen (siehe Anm.15). Es ist bemerkenswert, daß nicht nur der vollständige Wortlaut des „Schuldbekennnisses“, sondern auch die 3-jährige Vorarbeit dazu und zur nachfolgenden „Dokumentation“ sowohl in Dreierkommission (1989-1990) als auch im UA-„Judenchristen im Dritten Reich“ (1990-1992) in der „Dokumentation“ (siehe Anm.15) unterschlagen werden.-



Als der Berliner Evangelische Oberkirchenrat im September 1935 die Suspendierung Goslars von allen kirchlichen Ämtern verfügt, protestiert Geß umgehend. Er und Julio Goslar kennen den im Oberkirchenrat zuständigen Musikdezernenten Oskar Söhngen persönlich. Der war bis 1932 Pfarrer in Köln-Kalk. Darum schreibt ihm Geß - ganz im Sinne des inzwischen aus der „Bekennenden Kirche“ und damit aus Deutschland vertriebenen Karl Barth<sup>20</sup>:

„...Euer Hochwürden bitte ich, aus Ihrer persönlichen Kenntnis des Herrn Goslar heraus sich für das Verbleiben desselben in seinem Amte nach Kräften einzusetzen und höheren Orts die ernste und grundsätzliche Frage vorzulegen, ob es nach evangelischen Grundsätzen tragbar ist, wenn die staatliche Reichsmusikkammer... getaufte Juden von kirchlichen Ämtern ausschließt...“<sup>21</sup>

Als daraufhin die Berliner Staats- und Kirchenbehörden nach monatelangem Tauziehen aufgrund gegenstehenden Kirchenrechts nachgeben und Goslars Zwangsbeurlaubung aufheben müssen, ist im Presbyterium Nippes die Hölle los. Die Mehrheit fühlt sich von Geß böse hintergangen und protestiert beim ‚deutsch-christlichen‘ Konsistorium in Düsseldorf:

„...Wir stellen demgegenüber fest, daß das Presbyterium mit dieser Sache überhaupt nicht befaßt worden ist. Wir neun Presbyter der Deutschen Christen (von 16), darunter sieben Parteigenossen, erklären die in dieser Frage (von Ihnen) ergehende Entscheidung... als für uns verbindlich. Heil Hitler!“<sup>22</sup>

Das Schweigen indes, und das nun selbst von der Berliner Staatsbehörde hingenommene Nippeser Orgelspiel eines „Volljuden“ provoziert sechs der sieben Parteigenossen dermaßen, daß sie mit Briefen an die Kirchen- und Parteibehörden ihr Presbyteramt niederlegen. Neben den Parteigenossen Gustav Marx sen., August Kolb, Wilhelm Prigge und Karl Schmidt unterzeichnen auch Enckes Aufpasser Dr. Wilhelm Weimar und Friedrich Knepper.<sup>23</sup>

Ein Protest von kirchenpolitischer Tragweite. Denn schon in der nächsten Sitzung, am 14. Juli 1936, kann das Presbyterium mit einer Mehrheit von 7 : 3 Stimmen sechs „Bekennner“ nachwählen und am 26. April 1937, gegen zwei Stimmen, den Beitritt der Evangelischen Kirchengemeinde Köln-Nippes zur rheinischen „Bekennenden Kirche“ beschließen.<sup>24</sup>

Seither sind die Kreuzkapelle und das Encke-Haus Am Botanischen Garten 72 die Zentren der Kirchengemeinde und der „Bekennenden Kirche“ Großkölns. Aber während die Goslars aufatmen, beginnt schon der 2. Akt ihres Dramas. Die Abtrünnigen mobilisieren den Pöbel gegen den Organisten. Neben verleumderischen „Steckbriefen“ in Kölner Wohnungs- und Schaufenstern verteilen die Konsorten der Ex-Presbyter das selbst in der NSDAP umstrittene Hetzblatt „Der Stürmer“. In einem Artikel zitiert ein Anonymus aus Luthers Pamphlet „Von den Juden und ihren Lügen“ und kommt zu dem Schluß:

„...Würde heute ein Martinus Luther wieder von den Toten auferstehen, würde er den Juden Goslar mit der Peitsche aus der Evangelischen Kirche heraustreiben und mit ihm den Judengenossen Geß!“

---

<sup>20</sup> Vgl. H. Prolingheuer, Der Fall Karl Barth 1934-1935. Chronographie einer Vertreibung, Neukirchen 1977, 2. Aufl. 1984, sowie E. Busch, Unter dem Bogen des einen Bundes. Karl Barth und die Juden, Neukirchen 1996.

<sup>21</sup> Dazu: H. Prolingheuer, Die „Judenreine“ deutsche evangelische Kirchenmusik – Dargestellt am Schicksal des Kölner Musikdirektors Julio Goslar im Dritten Reich, Beiheft zu: ‚Junge Kirche‘ 11/1981, S. 6.

<sup>22</sup> Ebd., S. 8.

<sup>23</sup> Faksimile-Kopie des Austrittsschreibens samt Unterschriften in: Sammlung H. Prolingheuer, M/2.

<sup>24</sup> Vgl. Protokollbuch des Presbyteriums 1928-1940, S. 296 und 317. Die Protokolle widerlegen eindeutig Schellenburgs Behauptung, „daß das Presbyterium... sich von seinen Deutsch-Christlichen Vertretern befreit(!) hatte und so(!) zum Bekenntnispresbyterium geworden war“; sie weisen auch Schellenburgs Widerspruch („Der Weg“ 37/1989, S.12) gegen die Meinung des Verf., das Bekenntnispresbyterium habe „den Leidensweg Goslars nicht leichter, sondern schwerer gemacht“, als unhaltbar aus.

Obwohl das Bekenntnispresbyterium, unter dem nunmehrigen Vorsitzenden Friedrich Müller, von der Gestapo hat feststellen lassen, daß die über Goslar verbreiteten Anschuldigungen nichts als Lügen sind, führt jetzt das Presbyterium der „Bekennenden Kirche“ hinter den gardinenverhangenen Fenstern der Kreuzkapelle den Fall Goslar zu einem Ende, das vor Jahresfrist schon die ‚Deutschen Christen‘ im Sinn hatten: Der Angestellte Julio Goslar wird aus rassistischen Gründen aus dem Kirchendienst entlassen.

Doch halt! Die „Bekennende Kirche“ unterscheidet sich von den ‚deutsch-christlichen‘ Kirchenbehörden in Düsseldorf und Berlin eben auch dadurch, daß sie die von den Rassegesetzen betroffenen Mitarbeiter nicht - wie 1933 den Kölner Pastor Ernst Flatow - so einfach „entläßt“. Sie nimmt inzwischen die betreffenden Schwestern und Brüder solange ins Gebet, bis diese - „um Schaden von der Gemeinde Jesu Christi abzuwenden“ - sich selber „entlassen“, indem sie ihr Arbeitsverhältnis ihrerseits durch fristlose Kündigung beenden.-

Die Erleichterung über das Ergebnis dieser Art „Seelsorge“ spricht heute noch aus der Kanzelabkündigung, die im Büro der Kreuzkapelle, ein Stockwerk höher, geschrieben und am 25. Oktober auch in diesem Saal verlesen wird:

„In der Angelegenheit des Herrn Goslar teilen wir der Gemeinde mit: Herr Goslar hat unter dem 22. Oktober 1936 dem Presbyterium sein Entlassungsgesuch eingereicht. Das Presbyterium hat diesem Gesuch stattgegeben.“<sup>25</sup> – *Als wäre Jesus kein Jude gewesen.*

Und während Julio Goslar in der „Judenkolonne“ der Stadt Köln Zwangsarbeit leistet, verlassen auch die letzten drei ‚Deutschen Christen‘, Kirchmeister Wilhelm Höhne, Friedrich Knepper und Gustav Schellschmidt, das Presbyterium. Selbst Hitler hat gemerkt, daß sich mit ‚Deutschen Christen‘ keine Kirchenpolitik betreiben läßt.<sup>26</sup> So kann sich auch in der Kreuzkapelle und Am Botanischen Garten 72 reges Gemeindeleben entfalten. Pfarramtskandidaten, die sich weigern, vor ‚deutsch-christlichen‘ Prüfungskommissionen ihr 2. theologisches Examen abzulegen, können sich auch von Bekenntniskirchengemeinden prüfen, ordinieren und anstellen lassen. Vorausgesetzt, sie erhalten kein reguläres Gehalt, sondern werden durch Spenden und Kollekten der deutschen Bekenntniskirchengemeinden und/oder -synoden versorgt. Auf dieser Basis, die sich seit Schließung der Predigerseminare 1935 entwickelt hat, arbeiten dann auch in Riehl mehrere dieser „Hilfsprediger“ wie Adolf Bertram, Ernst Krümpelmann, Udo Röhrig, Fritz Schellenburg und Friedrich-Wilhelm von Staa.<sup>27</sup>

Den ‚deutsch-christlichen‘ Kirchenbehörden sind diese Kollekten ein Dorn im Auge. Sie sehen darin einen Verstoß gegen das staatliche Sammlungsgesetz und bemühen die Staatspolizei. Mehrere hundert Pfarrer, Hilfsprediger und Vikare der „Bekennenden Kirche“ werden verhaftet. Auch Hans Encke muß in den Kölner „Klingelpütz“. Wie überall in Altpreußen wird auch die Kreuzkapelle zum Zentrum geharnischten Protests. Überfüllte Bittgottesdienste. Flugblätter. Unterschriftenlisten, die Freiheit für den kriegsversehrten Gefangenen fordern. Und wie im März 1935 obsiegt wieder die „Bekennende Kirche; alle Pfarrer, auch Hans Encke, werden nach wenigen Tagen wieder entlassen.“<sup>28</sup>

---

<sup>25</sup> Ebd., S. 308.

<sup>26</sup> Schon 1935 hatte Hitler mit der Einsetzung des Reichskirchenministers Hanns Kerrl Reichsbischof Ludwig Müller und andere DC-Größen völlig entmachtet.

<sup>27</sup> Vgl. hierzu die zahlreichen Quellenhinweise im Quellenband von J. Beckmann/H. Proリングheuer, Zur Geschichte der Bekennenden Kirche im Rheinland, Bonn 1981, S. 60 unter BK-„Hilfsprediger“, dazu S. 27-45 die Liste mit den Namen und Daten rhein. Hilfsprediger und Vikare der Bekennenden Kirche“, auch die genannten aus Köln-Nippes.“

<sup>28</sup> Der Aufruhr endete damit, daß gem. Beschluß der BK-Synode Altpreußens in Lippstadt (Aug. 1937) die BK ihre Kollektenpläne aufgab und die des Konsistoriums wieder anerkannte unter dem (nur gesichtswahrenden) Vorbehalt: „...wenn Zweck und Empfänger der Kollekte bekenntnisgebunden sind“. Auch im NS-Staat blieb das Recht jeder Gemeinde unangetastet, als Körperschaft öffentl. Rechts eigene Kollekten und Spenden zu sammeln. Darum auch die Häufung der BK-„Hilfsprediger“ in der BK-Gemeinde Köln-Nippes; dazu: J. Beckmann/H. Proリングheuer, Zur Geschichte der Bekennenden Kirche...“ a.a.O., S.68 unter Kollektenwesen, B/450 und B/377ff.

Einen derartigen Aufstand zu Gunsten der Christen jüdischer Herkunft - geschweige denn der Juden - hat es leider nie gegeben!- Um die kümmern sich, nach dem Tod Georg Fritzes<sup>29</sup>, nur noch wenige: Diakoniepfarrer Friedrich Fuckel in der Lindenthaler Sielsdorfer Straße, Friedrich Geß am Weidenpescher Drosselweg, der vereinsamte Ernst Flatow am Hildeboldtplatz in der Stadtmitte, Schwester Martha Ischebeck in der Kreuzkapelle und Moritz Weißenstein, der arbeitslose Diakon und „Judenmissionar“, an der Moltkestraße. Nach der Pogromnacht 1938 sucht und findet Moritz Weißenstein Verbindung zum Berliner „Büro Grüber“. Das ist gerade dabei, kirchliche Hilfe für rassistisch verfolgte evangelische Christenmenschen zu organisieren. Für die verzweifelten Goslars leider vergeblich:

„...Meine nachweisbar vielfachen Bemühungen um eine neue berufliche Existenz im In- und Auslande... sind erfolglos geblieben. Eine berufliche Tätigkeit in Deutschland ist mir ja auf Grund der derzeitigen Rechtslage unmöglich, da ich sowohl von arischer wie (als Christ) auch von jüdischer Seite zur Zeit grundsätzlich als ausgeschaltet gelte...“<sup>30</sup>

Und während nebenan in der Nippeser Lutherkirche längst der makellose Musiker Helmut Kahlhöfer die Stelle „Jud Goslars“ eingenommen hat<sup>31</sup>, fordert Christel Goslar in einem mehrseitigen Hilferuf die Herren Kirchenführer auf, gefälligst einmal die Bibel zu lesen:

„Wir wollen entweder ganze Christen sein oder gar nicht, und ich erwarte von der Kirche, daß sie sich hier vor mich stellt. Eine Kirche, die den Christenanspruch ihrer Glieder nicht auch vor der Welt vertreten kann, ist keine Kirche Christi mehr!“<sup>32</sup>

Diese und die ungezählten Eingaben anderer deutscher „Judenchristen“ führen dazu, daß das „Büro Grüber“ Verbindung zu Adolf Eichmann aufnimmt, dem neuen Leiter des Judenreferates im Reichssicherheitshauptamt. Der im rheinischen Solingen geborene Eichmann ist Sohn eines Presbyters.<sup>33</sup> Er zeigt Verständnis für die Lage der getauften Juden. Diese Rundverfügung vom 2. Februar 1940 ist das Verhandlungsergebnis:

„Da wir des öfteren Anfragen bekommen haben wegen evangelischer Gemeindeglieder, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden anzusprechen sind, teilen wir mit, daß das Büro des Pfarrers Grüber... von dem Geheimen Staatspolizeiamt zur Betreuung dieser Menschen berechtigt ist. Alle Fragen der Wanderung, Wohlfahrt und Beschulung der Juden, die der evangelischen Kirche angehören, werden von diesem Büro durchgeführt. Das Büro hat in allen Provinzen Vertrauensstellen. Für die dortige Provinz ist es...  
...Köln, Pfarrer Encke, Am Botanischen Garten 72, Mitarbeiter: Missionar Weißenstein, Moltkestraße 80. Heil Hitler!“ (siehe Abbildungen Seite 12)

Um den Denunzianten im Kölner Ev. Stadtkirchenverband das Handwerk zu legen, sendet Konsistorialrat Helmut Rößler, der Judenreferent im DC-Konsistorium der Rheinprovinz, am 1. Juli 1940 eine Kopie an die Geheime Staatspolizei Köln, Appellhofplatz 22/25.<sup>34</sup>

---

<sup>29</sup> Der seit 1919 theologisch von Karl Barth geprägte und bis zu seinem Tod am 3.1.1939 persönlich beratene Religiöse Sozialist Georg Fritze war auch deshalb in der BK so verrufen, weil von den 12 Mitgliedern seines Gemeindebruderrates nicht nur sieben Sozialdemokraten und sieben Frauen, sondern auch zwei „Nichtarier“ waren: Herta Locher, geb. Jacobi, und der 1937 aus rassistischen Gründen als Direktor der Kölner Anatomie entlassene Prof. Dr. Otto Veit; vgl. H. Prolingheuer, Der Rote Pfarrer... a.a.O., S.111f. und Kap. „28 Letzter Besuch bei Karl Barth“, S.146-151.

<sup>30</sup> Vgl. H. Prolingheuer, Die ‚judenreine‘ dt. ev. Kirchenmusik..., a.a.O., S.18f.

<sup>31</sup> Nach der 30-Min.-Sendung des Hörbildes am 14.11.1982 (Volkstrauertag) in der Reihe „Ruhestörung“ um 19.30-20 Uhr in WDR 3 (H. Prolingheuer: Julio Goslar – Ein ‚jüdischer‘ Kirchenmusiker in ‚dritten Reich‘) erhielt der Verf. anonyme Drohanrufe wegen der „verleumderischen Nennung des Namens Kahlhöfer, eines der bedeutendsten Kirchenmusikers in Deutschland“; siehe dazu S.16 und 18.

<sup>32</sup> Aus: H. Prolingheuer, Berufsverbot für einen Kirchenmusiker, in: ders., Ausgetan aus dem Land..., a.a.O., S. 99-145, Zitat S.124.

<sup>33</sup> Eichmann 1961: „...erstens einmal ist mein Vater selber Presbyter der Evangelischen Kirchengemeinde in Linz gewesen“. aus: Dov B. Schmorak, Der Prozeß Eichmann, Wien, Stuttgart, Basel 1964, Zitat S.393.

<sup>34</sup> Vgl. dazu: H. Prolingheuer, Der Verrat der Evangelischen Kirche..., a.a.O., S.38ff.

BÜRO PFARRER GRÜBER

Fernsprache: 51 46 22  
Sanktion: Requirier & Securitas, Berlin C2  
Postcheckkonto: 157906

BERLIN C2, den 2. Februar 1940  
An der Stechbahn 3/4  
Spezialpostamt (Postung im Postamt 10011) 100

Bei Besantwortung angeben:  
Diktatzeichen: Gr./Jas.  
Geschäftszeichen: Bt. Nr.

Evang. Oberkirchenrat  
Eing: 15 FEB. 1940

*Handwritten:* G.E. 2/1/2

An den  
Evang. Oberkirchenrat  
z. Hd. Herrn Oberkonsistorialrat Scheller  
Berlin - Charl. 2  
Jebenstr. 3

Sehr geehrter Oberkonsistorialrat!

Bezugnehmend auf die Besprechung erlaube ich mir, als Text für eine Rundverfügung an die Konsistorien folgendes vorzuschlagen:

"Da wir des Bitteren Anfragen bekommen haben wegen evangelischer Gemeindeglieder, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden anzusprechen sind, teilen wir mit, dass das Büro des Pfarrer Grüber, Berlin C 2 An der Stechbahn 3/4 im Rahmen der Reichsvereinigung von dem Geheimen Staatspolizeiamt zur Betreuung dieser Menschen berechtigt worden ist. Alle Fragen der Wanderung, Wohlfahrt und Beschulung der Juden, die der evangelischen Kirche angehören, werden von diesem Büro durchgeführt. Das Büro hat in allen Provinzen Vertrauensstellen. Für die dortige Provinz ist es .....

Wir fügen eine Liste unserer Vertrauensstellen bei und bitten, die Interessenten und Pfarrer gegebenenfalls hiervon in Kenntnis zu setzen.

Heil Hitler!

*Handwritten signature:* Grüber

*Handwritten note:* Hinweis: für die Vertrauensstellen...  
...  
...  
...  
...

Wiedervorgang  
28.2

*Handwritten:* 24. Okt. 4. 1. 7 März 1940

*Handwritten:* Int. Oberkirchenrat

*Handwritten:* durch

*Handwritten:* L. C. K.  
L. C. K.

Schreiben des Büros Pfarrer Grüber in Berlin vom 2. Februar 1940. In der beiliegenden Liste der Vertrauensstellen ist auch Köln aufgeführt.

Vertrauensstellen des Büros Pfarrer Grüber.

Kirchliche Hilfestellen für evangelische Nichtarier  
Stand vom 17. Mai 1939.

Berlin (Brandenburg)	Büro Pfarrer Grüber, C.2, An der Stechbahn 3/4 Vertreter: Reinitz, Pfr. Sylten.
Bremen	Pfarrer Bodo Heyne, General Ludendorffstr. 38
Kiel	Pfarrer Chalybaeus
Köln	Pfarrer Encke, Am Botanischen Garten 72 Mitarbeiter: Missionar Weisenstein, Moltke- str. 80
Königsberg (Ostpreußen)	Pfarrer Boersch, Luisenallee 24
Leipzig (Sachsen)	Pfarrer Böhme, Dittrichring 12

Aber ehe sich die Kölner Hilfsarbeiten richtig entfalten können, ist das „Büro Grüber“ bereits geschlossen. Sind Leiter und Mitarbeiter schon verhaftet.<sup>35</sup> Nur wenigen der betroffenen Kölner Familien gelingt die im Verhandlungsergebnis mit Eichmann als „Wanderung“ bezeichnete offizielle Ausreise. Hans Günter Goslar, dem der Kölner KMD Hans Hulverscheidt eben erst aus rassistischen Gründen die Aufnahme in den Kölner Bachchor verweigert hat<sup>36</sup>, bleibt im Lande, um die Eltern nicht allein zu lassen. In Emmerich verläßt Ernst Flatow im letzten Augenblick den rettenden Zug nach England. Er lehnt das Privileg „nichtarischer“ Pfarrer, für die es ökumenischerseits Blanco-Ausreisepapiere gibt, ab.

Da fällt es nicht nur Moritz Weißenstein schwer, den an den Wochenenden in der Kreuzkapelle zum Schulunterricht angereisten „nichtarischen“ Kindern und Jugendlichen Freude zu machen, ihren aus der südlichen Rheinprovinz zu Gottesdiensten und Bibelstunden versammelten Eltern Mut und Hoffnung zu vermitteln. Friedrich Geß bricht es das Herz. Und als sein Nachfolger Friedrich Fuckel - der dem Lindenthaler DC-Kirchenregiment untragbar gewordene Leiter und Lehrer im Kölner Zentrum des Rheinisch-Westfälischen Diakonievereins in der Sielsdorder Straße<sup>37</sup> - endlich den Fall Goslar zum Guten wendet, da beginnt der 3. Akt dieses unseligen Dramas - *als wäre Jesus kein Jude gewesen*.

**„...das habt ihr mir getan!“**

**Pfarrer** Fuckel ist eben erst Vorsitzender des Nippeser Presbyteriums, da eilt er zum Kölner Arbeitsamt. Er kennt die dort tätige Sybille Hartmann<sup>38</sup> und drängt sie, den jetzt in einem Ehrenfelder Rüstungsbetrieb Schwerstarbeit leistenden Musikdirektor Julio Goslar der freien Stelle im Gemeindeamt der Riehler Kreuzkapelle zuzuweisen. Und Sybille Hartmann verfügt wie gewünscht. Ab 2. Februar 1943 arbeitet Julio Goslar bei der Bekenntnisgemeinde Köln-Nippes als „Büro-Hilfskraft“. Bedingung: abgetrennter Raum, keinerlei Kontakte Goslars mit dem Publikum - weder räumlich noch telefonisch. Als Julio Goslar hinter den gardinenverhangenen Fenstern der Kreuzkapelle seinen Dienst beginnt, haben Pfarrer Fuckel, Gemeindegewesener Martha Ischebeck und Gemeindeamtsleiter Fritz Fuchs bereits Arbeitsplan und Raumaufteilung geregelt.

Fuckel hofft in der Februarsitzung des Presbyteriums auf einhellige Zustimmung. Doch weit gefehlt! Die Repräsentanten der „Bekennenden Kirche“ sind fassungslos. Endlich ist über den Fall Goslar Gras gewachsen und nun dies.- Da sich jedoch die „Bekennenden“ zieren, ein offenes und ehrliches Nein zu sagen, beauftragen sie Fuckel, „beim Arbeitsamt schriftlich anzufragen, ob die Einweisung des Herrn Goslar auch dann gültig bleibe, wenn die vom Arbeitsamt gestellten Bedingungen nicht eingehalten werden können“.- Fuckel fürchtet, daß ein schriftlicher Vorgang die Deportation des Sechzigjährigen bedeuten könnte. Darum kein Brief, sondern ein neues Gespräch. Und Sybille Hartmann stimmt auch diesem Ansinnen zu. Verständlicherweise ohne schriftliche Bestätigung. Julio Goslar ahnt nichts.

Erst nach der Sitzung des 10. März 1943 berichtet ihm Fuckel, daß das Presbyterium in der April-Sitzung über den März-Antrag abstimmen werde, „die Einstellung des Herrn Julius Goslar als Hilfskraft auf dem Gemeindeamt ohne Debatte abzulehnen und dem Arbeitsamt unter Mitteilung dieses Beschlusses Herrn Goslar zu anderweitiger Verwendung zur Verfügung zu stellen.“

---

<sup>35</sup> Vgl. H. Grüber, Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, 1968, S.114-145.

<sup>36</sup> Landes-KMD Hulverscheidt lehnte den Aufnahmeantrag am 12.1.1942 mit der Begründung ab: „Da ich auch hier in Köln an exponierter Stelle in der Reichsmusikkammer stehe...“-

<sup>37</sup> Vgl. H. Prolingheuer, Der vergessene Diakoniepfarrrer; 6-teiliges Lebensbild in: ‚Der Weg‘ (Kölner Ausg.), 1982 Nr. 43, 44, 49 und 1983 Nr. 1/2, 8, 21.

<sup>38</sup> Der Verf. hat Sybille Hartmann noch Anfang der 1970er Jahre persönlich kennengelernt, als sie, zusammen mit Frau Encke, im Jugendwohlfahrtsausschuß der Stadt Köln die CDU-Fraktion vertrat, während er ihr als Vertreter der Evangelischen Jugend Kölns gegenüber saß. Eine noch im hohen Alter couragierte Frau, deren von Akten begrabene Wohltat der Verf. leider erst nach ihrem Tod entdeckte. So soll wenigstens an dieser Stelle ihres von kirchlicher Schande umwucherten und gefährdeten Einsatzes für einen Verfolgten gedacht sein.

Doch im April braucht sich das Bekenntnispresbyterium - wie erhofft - nicht mehr zu bequemen. Noch vor Ende der Passionszeit 1943 ist die „Bekennende Kirchengemeinde“ Köln-Nippes ihren „Volljuden“ wieder los, ist ihr Gemeindeamt in der Kreuzkapelle wieder „judenfrei“ - *als wäre Jesus kein Jude gewesen.*

In dieser Zeit beginnt auch für getaufte Juden der Holocaust. Da erhält die von Konsistorialrat Rößler bei der Kölner Gestapo hinterlegte „Rundverfügung“ eine mörderische Bedeutung. Da heißt „Wanderung“ nicht mehr Auswanderung, sondern Deportation. Seither sind dann auch die verbliebenen Mitarbeiter in der Riehler Kreuzkapelle einbezogen in Eichmanns Maschinerie der planmäßigen Judenvernichtung.

Wer von den „Judenchristen“ aus der südlichen Rheinprovinz und dem Großraum Köln/Aachen vor seiner Deportation in die Lager des Ostens nicht auf den Segen seiner evangelischen Kirche verzichten möchte, dem gestatten Eichmanns SS-Gehilfen einen Umweg über Köln-Riehl. Da werden dann aus den Gottesdiensten sogenannte „Schlußgottesdienste“. In aller Eile werden hier im Saal die bibelkundigsten Männer unter ihnen zu Predigthelfern ordiniert, mit Bibeln, liturgischen Leitfäden und Lesepredigten ausgestattet, damit sie in den Lagern - wie Ernst Flatow seit 1942 im Warschauer Getto<sup>39</sup> - Gottesdienste halten und das Abendmahl austeilten können.

Niemand, auch niemand in der Kreuzkapelle erkennt, daß spätestens jetzt auch die „Bekennende Kirche“ ihre reformatorische Identität verloren hat. Daß sich spätestens jetzt bewahrheitet, was Karl Barth seiner Kirche schon im Juni 1933 ins Stammbuch geschrieben hat: *„Wenn die Deutsche Evangelische Kirche die Judenchristen ausschließen oder als Christen zweiter Klasse behandeln würde, würde sie aufgehört haben, christliche Kirche zu sein!“*<sup>40</sup>

Hans Encke scheint das zu ahnen, als die Leitung der „Bekennenden Kirche“ angesichts der zum Himmel schreienden Not der ihm anvertrauten „Judenchristen“ die theologisch „richtige“ und nun doch so gnadenlos falsche Mahnung herausgehen läßt: „Selbstmord ist Hochmut vor Gott!“ Er weiß ja - wie der Berliner Otto Dibelius und der Saarbrücker Otto Wehr<sup>41</sup> - aus den Sitzungen der BK-Bruderräte, was nach den Juden nun auch den „Judenchristen“ in den Lagern bevorsteht. Deshalb schlägt Hans Encke bei seinen Amtshandlungen und in seinen seelsorglichen Gesprächen einen anderen Ton an:

„...Ich habe sehr viele Menschen beraten, die dann zu mir kamen, ob es eine Sünde sei, wenn sie jetzt Selbstmord begingen. Ich habe das verneint! Ich habe gesagt: ‚Tut, was euer Gewissen euch vorschreibt und nahelegt. Gott ist barmherzig und der Mensch ist unbarmherzig‘.“-

Ob Hans Encke wenigstens jetzt wiederentdeckt hat, daß Jesus Jude gewesen ist, und daß dieser Jude gesagt hat: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Geschwistern, das habt ihr mir getan“?-

Als dann der Himmel dreinschlägt, die Bomben nur noch die Außenmauern der Kreuzkapelle und innen Berge von Schutt übrig lassen, müssen die Riehler Nachfahren der „heimlichen Gemeinden unter dem Kreuz“ für ihre Gottesdienste wieder mit einer Privatwohnung vorliebnehmen. Mit der Am Botanischen Garten 72. Der Eigentümer und sein Amtsbruder Müller haben sich ja mit dem Großteil der Gemeinde längst aus dem Rheinland evakuieren lassen. Um die wenigen Zurückgebliebenen kümmern sich „Hilfsprediger“ Schellenburg und Pfarrer Fuckel. Letzterer noch bis in den Herbst 1944, als ihn die Nachricht erreicht, daß

---

<sup>39</sup> Vgl. H. Prolingheuer, Kleine politische Kirchengeschichte, a.a.O., S.182, Anm.104.

<sup>40</sup> Auf diesem Hintergrund schmerzt es ganz besonders, daß ausgerechnet dieser Satz Karl Barths (siehe S.4) in der Bonhoeffer/Sasse-Fassung des sogen. „Bethler Bekenntnisses“ von 1933 gestrichen wurde (siehe: Bethelbekenntnis 1933, Synopse 8 : 8B)

<sup>41</sup> Encke in einem der Gespräche (siehe Anm.3) auf die Frage des Verf., ob er von den Vernichtungslagern gewußt habe: „Wie Wehr und Dibelius!“. Eine Aussage, die drei Jahre später in S. Friedländers Gerstein-Buch, „Kurt Gerstein – oder die Zwiespältigkeit des Guten, Gütersloh 1988, immer wieder bestätigt wird.

nach seinen Söhnen Hansmarkus und Werner nun auch sein dritter und letzter Sohn Ralf gefallen ist. Dann wird Fuckel auf bitten seiner Frau Martha und beider Töchter vom Konsistorium Düsseldorf ein halbjähriger Sonderurlaub bei Tochter Gerda Voß im mecklenburgischen Pokrent gewährt. Dort könne er womöglich, in Absprache mit dem dortigen Oberkirchenrat, seinen zum Militär einberufenen Schwiegersohn Pastor Gerhard Voß vertreten.<sup>42</sup>

Um diese Zeit hat sich Julio Goslar schon der Deportation durch Flucht in den Kölner Untergrund entziehen können. Dem 68-jährigen Moritz Weißenstein fehlt dazu die Kraft. Er stirbt, von der Gestapo im Sammellager Köln-Müngersdorf eingepfercht, am 7. Oktober 1944. Weil sich seine Kölner Kirchengemeinde selbst für die Leiche des „Volljuden“ nicht zuständig fühlt, erbarmt sich Bekenntnispfarrer Wilhelm Heynen der hilfeschuchenden nichtjüdischen Witwe und beerdigt Moritz Weißenstein am 10. Oktober auf dem evangelischen Friedhof im rechtsrheinischen Köln-Mülheim.<sup>43</sup>

Kaum ist die Hitlerei am 8. März 1945 im linksrheinischen Köln zu Ende, da kehren auch schon die Nachfahren der Kölner Urgemeinden der Reformation zu jener Strategie zurück, die bis 1934 deren Kennzeichen war: zur Überlebensstrategie des Verdrängens und Verheimlichens. Diesmal jedoch nicht als Opfer, sondern als Täter. Dabei kommt ihnen zu paß, daß ausgerechnet der württembergische Landesbischof Theophil Wurm, der Gegenspieler Karl Barths auch in der „Judenfrage“<sup>44</sup>, als „Sprecher der ganzen Bekennenden Kirche“ über die Ökumene Verbindung zu den Westalliierten geknüpft hat<sup>45</sup> mit dem Ziel, bei einem Sieg die „Bekennende Kirche“ als „Widerstandsbewegung“ zu behandeln.<sup>46</sup>

Wie das dann Ende April 1945 in Köln-Riehl funktioniert, als das Adjektiv „illegal“ vor der Amtsbezeichnung eines „Hilfspredigers“<sup>47</sup> diesen über Nacht zu einem „Antifaschisten“ veredelt, das steht in der Gemeindechronik von 1982:

„...Die Militärregierung wurde von Pastor Schellenburg über den Verbleib von Pfarrer Encke informiert, der für sein mutiges Eintreten in der „Bekennenden Kirche“ bekannt war. Pastor Schellenburg wurde von der Militärregierung beauftragt, ihn in Arnsberg... abzuholen, wozu ihm ein Jeep mit Fahrer zur Verfügung gestellt wurde, denn der Reiseverkehr war noch gesperrt... So kam es, daß schon am 10. Mai 1945 Pfarrer Encke... die kirchliche Arbeit wieder aufnehmen konnte... Bald nach der Rückkehr von Pfarrer Encke wurden die Presbyterien in

---

<sup>42</sup> Dazu: H. Prolingheuer, Der vergessene Diakoniepfarrer, a.a.O., 6. Teil 21/1983.

<sup>43</sup> Ab 1987 Erinnerung und Lebenszeichen in: E. Hamer/H. Prolingheuer, Leidensgeschichten..., a.a.O., Station 7, S. 12-13, dazu auch H. Prolingheuer, Das Porträt. Zum Schluß mochten ihn Zweifel an seinem Lebenswerk bedrängt haben. Vor 40 Jahren starb der letzte Judenmissionar im Rheinland, in: ‚Der Weg‘ 44/1984, S. 8.

<sup>44</sup> Dazu: E. Busch, Unter dem Bogen des einen Bundes, a.a.O., und H. Prolingheuer, Das ‚Stuttgarter Schulbekenntnis‘ 1945, 2-teilige Vorlesung, in: ‚Junge Kirche‘ 8-10/1985, Teilnachdruck in epd-Dokumentation 46/1985, ders., Wir sind in die Irre gegangen, a.a.O.

<sup>45</sup> Vgl. H. Prolingheuer, Wir sind in die Irre gegangen, a.a.O., S. 256, Anm. 57, und das Kap. ‚17. Kirchenhistorische Desinformation‘, S. 102-105.

<sup>46</sup> Siehe Kirchenwendejahr 1946.

<sup>47</sup> Diese Bezeichnung für BK-Hilfsprediger galt - seitens der DC-Kirchenbehörden! - uneingeschränkt längstens bis zum Einspruch Keitels und dem daraufhin am 2.3.1940 erfolgten Erlaß I 10 642/40 des Reichskirchenministers, „...daß schwebenden Disziplinarverfahren kirchenpolitischer Art kein Fortgang gegeben werden soll, daß in Abwesenheit der zum Heeresdienst eingezogenen Geistlichen ihre Pfarrstellen - auch wenn sie diese illegal inne hatten - nicht anderweitig besetzt werden, daß ihre Angehörigen, die im Pfarrhaus wohnen..., auch dann im Besitz der Wohnung nicht gestört werden, wenn die Einweisung illegal erfolgt ist, daß die Gehaltszahlungen an die Geistlichen mindestens in dem Maße fortgesetzt werden, daß der Unterhalt der Familie gesichert ist, auch wenn Schwierigkeiten kirchenpolitischer Art mit dem betreffenden Geistlichen bestehen, daß schließlich die Kirchenbehörden auch ohne Rücksicht auf die kirchenpolitische Einstellung des Geistlichen der Gewährung von Familienunterstützung an die Angehörigen keine Hindernisse bereiten, sondern diese notwendigenfalls auch bei illegalen Geistlichen fördern...“ Wie das dann konkret ablief, ist dokumentiert in der „Arbeitsmappe“ des Verf. ‚Die Christen an die Front!‘ Das evangelische Bekenntnis zu Hitlers Wehr und Waffen, Publik-Forum Oberursel 1989, 3. Aufl. in: Publik-Forum (Hg.), Dem Führer gehorsam: Christen an die Front, Oberursel 2005, S. 82-86. Für den NS-Staat waren die BK-Hilfsprediger selbst als Pfarrstelleninhaber nie „illegal“; der Versuch der DC-Behörden, ihn in dieser Frage auf ihre Seite zu ziehen, war 1937 völlig gescheitert (siehe S. 10, Anm. 27 u. 28).



Köln neu gewählt und die erste Kreissynode nach Kriegsende einberufen, in der Pfarrer Encke mit Wirkung vom 24.6.1945 zum Superintendenten der Kölner Synode gewählt wurde.<sup>48</sup>

### Die Störfälle.

Dank der Aufbauhilfe, welche die Militärregierung allen „Verfolgten des Nazi-Regimes“ gewährt, ist seit dem 1. Advent 1946 auch die Kreuzkapelle wieder Zentrum des Gemeindelebens. Doch bis dahin gilt es noch, zwei Störfälle zu beheben, die das neue Verdrängen und Verheimlichen gefährden könnten. Denn in derselben Gemeindechronik heißt es weiter: „Pfarrer Fuckel war während der Evakuierung gestorben.“ Das sind gleich zwei Fehler. Pfarrer Friedrich Fuckel war nie evakuiert. Nach dem ersten Schock über den Tod seines dritten Sohnes hatte ihn das Konsistorium für ein halbes Jahr zu seiner Tochter ins nunmehr sowjetisch besetzte Pokrent beurlaubt und gebeten, sobald die Gesundheit das wieder zulasse, während dessen in der dortigen Gemeinde seines Schwiegersohns auszuhelfen.<sup>49</sup> Und:

Pfarrer Fuckel ist gar nicht tot. Und das ist der Kirchengemeinde Köln-Nippes auch bekannt. Als Friedrich Fuckel nämlich 1946 die von den sowjetischen Besatzungsbehörden genehmigte Rückkehr in seine Riehler Pfarrstelle ankündigt, bekommt es das Nippeser Presbyterium mit der Angst zu tun und beauftragt den Vorsitzenden: „Herrn Fuckel aus sachlichen Gründen zu raten, auf die Pfarrstelle Nippes zu verzichten.“<sup>50</sup> Neben der Angst gibt es auch andere handfeste Gründe für diesen Riehler Ratschlag: Zum einen hat es sich der „ausgebombte“ Pfarrer Müller nach seiner Rückkehr in Fuckels komplett eingerichteter Wohnung in der Auerstraße bequem gemacht. Zum anderen: Fuckels Kölner Gemeindebezirk Köln-Niehl/Weidenpesch versorgt bereits ein gewisser Dr. Max Adolf Wagenführer, der in Köln mit gefälschten Papieren untergetauchte ehemalige Mitarbeiter des kirchlichen „Entjudungsinstituts“ in Eisenach, einer der rüdesten Rassisten der ‚Deutschen Christen‘.<sup>51</sup> Nach dem unverschämten Rat des überdauernden Nippeser Nachkriegspresbyteriums will Friedrich Fuckel indes nicht einmal mehr in Köln beerdigt sein. Er beantragt in Düsseldorf für 1947 seine Pensionierung.<sup>52</sup>

Der zweite Störfall betrifft die Kirchenmusik der Gemeinde. Das Ehepaar Goslar hat nämlich im Kölner Untergrund überlebt und fordert nun die dem „Volljuden Goslar“ 1937 geraubte Kirchenmusikerstelle zurück. Dreimal wird er vorstellig. Doch das Presbyterium läßt ihm durch den Vorsitzenden stets ausrichten: „daß wir... nur Herrn Kahlhöfer als Organisten für Nippes betrachten“. Erst als Julio Goslar - der im Mai 1945 zusammen mit Robert Görlinger und Hans Böckler die Kölner SPD wiederbegründete - den „Bekennern“ droht, er werde der alliierten Militärregierung die Wahrheit sagen über den Rassismus der Evangelischen Kirchengemeinde Köln-Riehl, hat er Erfolg.

---

<sup>48</sup> Aus: Krüger/Martin/Appel, 50 Jahre..., a.a.O., S.14.

<sup>49</sup> Siehe S.15.

<sup>50</sup> H. Prolingheuer, Der vergessene Diakoniefarrer, a.a.O., 21/1938.

<sup>51</sup> Vgl. H. Prolingheuer, Die Entjudung von Kirche und Theologie. Dargestellt am Beispiel des Eisenacher Entjudungsinstituts, Vortrag in der Versöhnungskirche des ehemaligen KZ Dachau, in Kassel und Wittenberg, in: Chr. Staffa (Hg.), Vom Protestantischen Antijudaismus und seinen Lügen. Versuche einer Standort- und Gehwegbestimmung für das christlich-jüdische Gespräch, Akademie-Verlag Wittenberg 1993, Tagungstexte Bd.1, 3. Aufl. 1997, S.57-93, mit den Faksimilelisten aller Haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen des Instituts, auch Mit- und Zuarbeit Wagenführers sind dem gedruckten Vortragstext beigelegt; zu Wagenführers Kölner Zeit: H. Prolingheuer, Ausgetan aus dem Land der Lebendigen, a.a.O., S.134 und 143f.

<sup>52</sup> Bis 1956 bleibt Fuckel in Mecklenburg, versorgt bis zur Heimkehr des Schwiegersohnes die Gemeinde Pokrent und wird Krankenhausseelsorger in Schwerin. Sein letztes Lebensjahr verbringt er im Viktoriahospital zu Bad Godesberg, das seit 1952 jener Diakonieverein pflegerisch betreut, dessen Gründer, Leiter und Lehrer er von 1911 bis zum Kölner Rauswurf 1939 war. Es dauert 25 Jahre, bis sein dritter(!) Amtsnachfolger, der Kölner Diakoniefarrer Volker Cepl, vom Verf. laufend über den verheimlichten Lebensweg seines am 22.10.1957 verstorbenen Vorgängers unterrichtet, am 25. Todestag Fuckels zum Gedenken an dessen Grab auf dem Friedhof im oberbergischen Dieringhausen einlädt (dazu: H. Prolingheuer, Der vergessene Diakoniefarrer, a.a.O., 21/1983).



Hans Encke verschafft Helmut Kahlhöfer ab Herbst 1945 die Kirchenmusikerstelle in Barmen. Von nun an verdrängt auch das Opfer die Schrecken der Vergangenheit. (Foto des Neunzigjährigen Seite 17 oben) Am 22. Januar 1976 nimmt Julio Goslar - im Alter von 92 Jahren - seine und seiner Familie Leidensgeschichten mit ins Grab.-

Als im selben Jahr auch Hans Encke stirbt, hat der jedoch mit der unseligen Tradition des Verdrängens und Verheimlichens gebrochen. Ob die markanten gesellschaftlichen, theologischen, politischen oder ganz persönlichen Wendepunkte seines Lebens etwas mit der Last dieses Verdrängens zu tun haben, das zu untersuchen ist nicht Sache des Kirchenhistorikers. Ich habe jedoch den bleibenden Eindruck, daß ihm am 17. Mai 1971 ein gewaltiger Druck von der Seele weicht, als ich ihn in einer Kölschkneipe bitte, nun endlich die Kölner Kirchengeschichte nach dem „Fall Jatho“ zu schreiben.<sup>53</sup> Da schiebt er mir den Schwarzen Peter zu, sogleich auch Kugelschreiber und einige Bierdeckel: „Machen Sie man!“

Dann nennt er Stichworte. Namen. Daten. Spricht wieder von „meiner Kreuzkapelle“. Von „Versündigung“.<sup>54</sup> Den Sündenfall „Schlußgottesdienste“ gibt mir Hans Encke - der 1945/46 mit Konrad Adenauer und Robert Pferdmenges die CDU gründet<sup>55</sup> - noch nicht zu Bierdeckelprotokoll. Dieses Tabu bricht er erst wenige Wochen vor seinem Tode. Vor der Kamera eines Filmteams der als „sozialistisch“ gescholtenen „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes“ (VVN). Hier im Kirchsaal (Foto davon Seite 17 unten). Und sein Amtsnachfolger Ernst Heinz Bachmann läßt mich dann machen.

\*

Bleibt nachzutragen: Keine zwei Jahre nach diesem Vortrag fand die junge „Jüdische Liberale Gemeinde Köln - Gescher Lamassoret e.V.“ in der Kreuzkapelle ihr Obdach. Zur Einweihung des Synagogen- und Gemeinderaumes war auch der Verfasser des Vortrages eingeladen. Sein Dankschreiben vom 3. September 2001 an die jüdische Gemeinde geht auf das Angebot ein, am Eingang der nun von Christen und Juden genutzten Kreuzkapelle eine Gedenktafel anzubringen, die an die im Vortrag geschilderte Vergangenheit des nun gemeinsamen Gotteshauses erinnert:

„...deutlicher kann die evangelische Kirche nach all den Sündenfällen in der sogenannten ‚Judenfrage‘ ihr Nein zur unseligen ‚Judenmission‘ nicht aussprechen als mit der Umwidmung eines Teiles ihrer Kreuzkapelle zum Synagogen- und Gemeinderaum! Und Ihre Frage an mich, ob am Eingang der Kreuzkapelle eine Gedenktafel angebracht werden sollte, die an die ‚Schlußgottesdienste‘ der rheinischen Christen jüdischer Herkunft vor ihrer Deportation in die Lager des Ostens erinnert, kann ich deshalb bejahen, weil Sie sie stellen - ein Jude und mit ihm seine jüdische Gemeinde, die keine Scheu haben, das Schicksal der durch kirchliche ‚Judenmission‘ abtrünnig gewordenen Schwestern und Brüder in das Holocaust-Gedenken einzuschließen...“

---

<sup>53</sup> Encke schwärmte (siehe Anm.3) von dem 1911 in einem theologischen Lehrzuchtverfahren amtsenthobenen Kölner Pfarrer Carl Jatho (vgl. Der Fall Jatho, in: H. Prolingheuer, Der Rote Pfarrer, a.a.O., Kap. 3, S.23ff.), dessen „Saalpredigten“ in der Kölner Flora sein Vater ermöglicht habe, und von dem Lebenstraum: „Ein Buch über Jatho, den Menschenfreund zu schreiben. Aber die Zeit, die Zeit...“

<sup>54</sup> Ebd., S.12.

<sup>55</sup> Vgl. H. G. Wieck, Die Entstehung der CDU und Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, 1953, R. Scheerer, Evangelische Kirche und Politik, 1945-1949, Köln 1981.